

## **Niederschrift**

über die Sitzung (öffentlicher Teil)  
**des Integrationsrates**  
am Mittwoch, **01.06.2016**, 18:08 Uhr - 20:53 Uhr,  
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

### **Mitglieder**

Ahmad Alhamwi, Beata Arabasz, Adnan Berri, Mehmet Akif Cetinkaya, Natalie Eichner, Yildirim Eroglu, Shafiq Hasan (ab 19.37 Uhr; vor TOP 1), Luciano Januario de Sales, Tamara Sobhi Majed, Deler Saber, Abdul Amir Sleiman, Dr. Georgios Tsakalidis, Dr. Ömer Lütfü Yavuz

### **von der CDU-Fraktion**

Heinz Georg Buddenbäumer (ab 18.33 Uhr; vor TOP 1), Richard-Michael Halberstadt, Christel Loschelder (bis 19.44 Uhr; vor TOP 1, Anregung des IR)

### **von der SPD-Fraktion**

Doris Feldmann, Thomas Kollmann

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Christoph Kattentidt (bis 19.44 Uhr; vor TOP 1; Anregung des IR), Dr. Rita Stein-Redent (bis 20.18 Uhr; TOP 3.5)

### **von der FDP-Fraktion**

Jürgen Reuter (bis 19.44 Uhr; vor TOP 1; Anregung des IR)

### **von der Fraktion DIE LINKE.**

Fatma Kirgil

### **von der Verwaltung**

Jochen Köhnke, Herr Karl Materla, Dr. Norbert Schulze Kalthoff

### **für die Schriftführung**

Sandra Rischer

**Es fehlte/n:**

Sisir Gupta, Prakash Chandra Lohani, Felix Ruben Manrique Barrera, Anisrajah Pathmanathan, Ioana Popa,

**Gäste:**

Herr Polizeipräsident Kuhlisch, Herr Ibrahim

**Tagesordnung****Öffentliche Sitzung**

- |                           |   |
|---------------------------|---|
|                           | <b>1. Eingänge und Mitteilungen</b>   |
|                           | <b>2. Anhörungen</b>  |
| <u>V/0363/2016</u><br>IV  | 2.1. Maßnahmenprogramm einer kind- und jugendbezogenen Armutsprävention in Münster - Umsetzung jugendbezogener Maßnahmen in 2016 und 2017 -   |
| <u>V/0420/2016</u><br>IV  | 2.2. Handlungsbedarfe zur Erweiterung von Schulgebäuden auf Grund der demografischen Entwicklung und der Beschulung von Flüchtlingskindern bis 2020/2021  |
| <u>V/0371/2016</u><br>IV  | 2.3. Kinderrechte für unbegleitete und begleitete minderjährige und junge Flüchtlinge in Münster umsetzen   |
| <u>V/0369/2016</u><br>V   | 2.4. Standortbeschluss für eine Flüchtlingseinrichtung an der Dülmener Straße 9, Albachten  |
|                           | <b>3. Berichte</b>  |
|                           | 3.1. Bericht des Polizeipräsidenten über den Polizeibericht 2015  |
| <u>V/0103/2016</u><br>IV  | 3.2. Übergang Schule - Beruf, KAoA und Übergangsbericht   |
| <u>V/0349/2016</u><br>III | 3.3. Bürgerumfrage 2016: Zentrale Ergebnisse zu den Fragenkomplexen "Ziele der Stadtentwicklung/ Einflussfaktoren bis 2030", "Bewertung der Lebensbedingungen" und "Einkaufsstandort Innenstadt/ Auswirkungen des Online-Handels" |
| <u>V/0341/2016</u><br>V   | 3.4. Ratsantrag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP A-R/0047/2015: LGBTTI* - Menschen in den Flüchtlingsheimen unterstützen  |
| <u>V/0361/2016</u><br>V   | 3.5. Gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherungsschutz in Münster   |

- 4. Entscheidungen**
- 5. Berichte aus den Ausschüssen**
- 6. Anregungen, Anträge und Anfragen**

A-I/0001/2016  
V

- 6.1. Stärkung der Arbeit des Integrationsrats der Stadt Münster

- 7. Verschiedenes**

Herr Dr. Yavuz eröffnete um 18.08 Uhr die öffentliche Sitzung des Integrationsrates und begrüßte Herrn Polizeipräsident Kuhlisch, die Mitglieder des Integrationsrates sowie die teilnehmenden Mitarbeiter/-innen der Verwaltung.

Sodann stellte er die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest.

Herr Köhnke wies darauf hin, dass die Vorlage V/0369/2016 den Integrationsrat noch kurzfristig erreicht habe und schlug vor, die Tagesordnung entsprechend zu erweitern und die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt 2.4 zu beraten. Diesbezüglich bestand Einvernehmen im Integrationsrat.

Darüber hinaus wies Herr Köhnke auf die Beratungsverläufe zu den Vorlagen V/0363/2016 sowie V/0341/2016 hin. Diese lagen dem Integrationsrat als Tischvorlage vor.

Im Integrationsrat bestand der einvernehmliche Wunsch, den Bericht des Polizeipräsidenten vor den Tagesordnungspunkt 1 zu ziehen.

Darüber hinaus beantragte Herr Kattentidt, den Tagesordnungspunkt 6.1 ebenfalls vorzuziehen und unmittelbar nach dem Bericht des Polizeipräsidenten zu behandeln. Der Integrationsrat beschloss dies einstimmig.

Herr Dr. Yavuz begrüßte daraufhin noch einmal Herrn Polizeipräsident Kuhlisch und bat ihn um seinen Bericht.

Herr Kuhlisch berichtete sodann ausführlich über die Polizeibilanz des letzten Jahres insbesondere mit Blick auf die Menschen mit Migrationsvorgeschichte.

Im Anschluss an den Bericht beantwortete er die Fragen des Integrationsrates und tauschte sich mit den Mitgliedern über das Thema aus.

An dieser Stelle wurde der Tagesordnungspunkt 6.1 behandelt.

## **Punkt 1 der Tagesordnung**

## **Eingänge und Mitteilungen**

Herr Köhnke informierte den Integrationsrat über Folgendes:

- Aktuelle Information

Im Landtag Nordrhein-Westfalen habe am heutigen Tag eine Anhörung zu einem Antrag der Fraktionen der SPD sowie BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zum Thema „Kulturelle Vielfalt als wirtschaftlichen Erfolgsfaktor nutzen“ stattgefunden.

- Aktueller Stand der Verfügungsmittel für den Integrationsrat:

Allgemeine Verfügungsmittel: 15.934,52 €

Zuschüsse: 14.240 €

- KOMM-AN NRW:

Alle Organisationen der ehrenamtlichen Arbeit im Flüchtlingsbereich (z.B. Flüchtlingsinitiativen, Vereine, MSOs etc.) wurden per E-Mail und durch zwei Infoveranstaltungen (13.5/17.05) über das KOMM-AN NRW informiert; Interessenten können die Förderanträge bis zum 27.06 beim Kommunalen Integrationszentrum stellen.

- Qualifizierung ehrenamtliche Sprachlehrkräfte

Die Qualifizierung wurde in zwei Durchläufen erfolgreich abgeschlossen (Teilnahme von 43 Ehrenamtlichen). Es sind weitere Austauschtreffen und eine Online-Plattform für die TeilnehmerInnen in Planung. Aufgrund des hohen Bedarfs werden nach den Sommerferien (voraussichtlich ab September) zwei weitere Durchgänge für ehrenamtliche Sprachlehrkräfte angeboten.

- Informationen aus der letzten Ratssitzung:

- Die Vorlagen V/0177/2016 (Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen; hier: Errichtung einer temporären Flüchtlingseinrichtung am Schiffahrter Damm und weitere Maßnahmen) sowie V/0196/2016 (Landesprogramm „KOMM-AN NRW“ Stärkung der Kommunen zum Thema Zuwanderung und Flucht wurden durch den Rat mehrheitlich beschlossen
- Der Rat hat die Vorlage V/0258/2016 (Stadthaus 1, Klemensstraße 10 – Innensanierung- Zustimmung zur Planung- mehrheitlich geändert beschlossen.

- Beantwortung von Fragen aus der letzten Integrationsratssitzung

- Anfrage von Frau Arabasz zum Sachstand bezüglich der Anregung des IR zum Kita-Navigator:

Die zuständige Mitarbeiterin des Amtes 51 hat mitgeteilt, dass die Software Kita-Navigator nur in deutscher Sprache als Standardprogramm auf dem Markt verfügbar ist. Es ist nicht beabsichtigt die Software auf Englisch herauszugeben, wie sie auf Nachfrage erfahren habe. Derzeit sei der Flyer zum Münsteraner Kita-Navigator in englischer Sprache in Druck.

- Anfrage von Herrn de Sales zur Anzahl der Beschäftigten mit Migrationsvorgeschichte im Jobcenter:

Der zuständige Mitarbeiter des Jobcenters hat darauf hingewiesen, dass nach Auskunft des Personal- und Organisationsamtes dort nur Kolleginnen und Kollegen identifiziert werden können, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben (2 Personen im Jobcenter). Weitergehende Informationen bzw. statistische Erhebungen liegen dort derzeit nicht vor.

Herr Dr. Yavuz gab daraufhin Folgendes bekannt:

- Die Gemeinschaftsveranstaltung mit dem DGB am 1.Mai sei sehr erfolgreich verlaufen.
- Die Einladung zum diesjährigen Interkulturellen Fest werde Ende dieser oder Anfang nächster Woche versandt. In diesem Jahr sei durch die Vereine, die Speisen auf dem Fest anbieten, erstmalig eine Kautionshöhe von 100 € zu entrichten, um die ordnungsgemäße Rückgabe des entliehenen Equipments sicherzustellen.
- Auch in diesem Jahr werde ein Friedensmahl im Rahmen des Interkulturellen Festes stattfinden.
- Am 02.06. werde das 16. Afrikafestival eröffnet.

## **Punkt 2 der Tagesordnung**

## **Anhörungen**

### **Punkt 2.1 der Tagesordnung V/0363/2016**

### **Maßnahmenprogramm einer kind- und jugendbezogenen Armutsprävention in Münster - Umsetzung jugendbezogener Maßnahmen in 2016 und 2017 -**

Der Integrationsrat beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

#### I. Sachentscheidung:

1. Das „Maßnahmenprogramm einer kind- und jugendbezogenen Armutsprävention“ wird um weitere Maßnahmen ergänzt, die gezielt die Lebenssituation von Jugendlichen bis zum Übergang von der Schule in das Berufsleben unterstützen.
2. Die im Rahmen der Mittelerhöhung für das „Maßnahmenprogramm einer kind- und jugendbezogenen Armutsprävention“ zur Verfügung stehenden Mittel werden in den Jahren 2016 und 2017 für die Etablierung der jugendbezogenen Maßnahmen verwendet.
3. Die Verwaltung wird den politischen Gremien zum Ablauf des Förderzeitraums im Herbst 2017 einen Fachbericht vorlegen.

#### II. Finanzielle Auswirkungen:

Im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Haushaltsjahr 2015 hat der Rat der Stadt Münster für das Maßnahmenprogramm einer kind- und jugendbezogenen Armutsprävention in der Stadt Münster für die Jahre 2016 und 2017 Mittel in Höhe von insgesamt 700.000 € zur Verfügung gestellt. Mit dieser Beschlussvorlage wird die bisher nicht verplante Summe von 128.160 € mit jugendbezogenen Maßnahmen hinterlegt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	0604	Familienförderung	2016 2017	58.330 € 69.830 €	
Zeile	16	Sonstige ordentliche Auf- wendungen			
Summe:				128.160 €	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan bei o. g. Produktgruppe veranschlagt.

**Punkt 2.2 der Tagesordnung  
V/0420/2016**

**Handlungsbedarfe zur Erweiterung von Schulgebäuden auf Grund der demografischen Entwicklung und der Beschulung von Flüchtlingskindern bis 2020/2021**

Der Integrationsrat beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf Grund der zunehmenden Schülerzahl folgende Maßnahmen durchzuführen:

1.1. Die Aufnahmekapazität der Overbergschule – städt. katholische Grundschule – wird ab dem Schuljahr 2017/18 auf 2 Eingangsklassen erhöht. Dies ist im Gebäudebestand der Grundschule möglich. Die notwendige Anpassung des „Allgemeinen Rahmens zur Aufnahme von Schülerinnen / Schülern in die städtischen Schulen (vgl. § 46 Abs. 1 Schulgesetz)“ erfolgt nach Genehmigung der Bezirksregierung Münster mit einer separaten Beschlussvorlage.

1.2. Für folgende Schulstandorte werden die Erhöhung der Aufnahmekapazität und die Möglichkeit zur Deckung der Raumprogramme für die angegebene Zügigkeit in den bestehenden Schulgebäuden bzw. unter Einbeziehung benachbarter Schulgebäude durch Machbarkeitsstudien geprüft:

Bezirk West

Marienschule Roxel

zukünftig

5-zügig

Bezirk Hiltrup

Paul-Gerhardt-Schule Hiltrup/Clemensschule Hiltrup

zukünftig insgesamt 6 Züge

Johannes-Gutenberg-Realschule Hiltrup

zukünftig

4-zügig

1.3. Für folgende Schulstandorte werden mittels Machbarkeitsstudien die erforderlichen baulichen Erweiterungen geprüft, um die jeweilige bereits festgelegte Zügigkeit räumlich versorgen zu können:

Bezirk West

Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Nienberge	3-zügig
Peter-Wust-Schule	3-zügig

Bezirk Nord

Grundschule Sprakel	2-zügig
---------------------	---------

Bezirk Ost

Pleisterschule	2-zügig
----------------	---------

- 1.4. Es werden Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben, um die Möglichkeit der baulichen Erweiterung zu prüfen und in einem weiteren Schritt die Zügigkeit folgender Schulen erhöhen zu können:

Bezirk Mitte

Hermannschule	zukünftig	3-zügig
Kreuzschule	zukünftig	3-zügig
Martin-Luther-Schule	zukünftig	3-zügig
Mauritzschule	zukünftig	3-zügig
Pötterhoekschule	zukünftig	3-zügig
Thomas-Morus-Schule	zukünftig	4-zügig
Erich-Klausener-Realschule	zukünftig	4-zügig
Erna-de-Vries-Realschule	zukünftig	4-zügig
Realschule im Kreuzviertel	zukünftig	5-zügig

Bezirk Ost

Margaretenschule	zukünftig	3-zügig
Matthias-Claudius-Schule Handorf	zukünftig	3-zügig

Bezirk Südost

Schulzentrum Wolbeck Hauptschule, Realschule und Gymnasium	zusammen	bis zu 11,5 Zü-
---	----------	-----------------

ge

Bezirk Hiltrup

Ludgerusschule Hiltrup	zukünftig	5-zügig
Davertschule Amelsbüren	zukünftig	4-zügig

Bezirk West

Ludgerusschule Albachten	zukünftig	4-zügig
Mosaik-Schule	zukünftig	4-zügig

- 1.5. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wird die Erweiterung des Schulzentrums Kinderhaus (Geschwister-Scholl-Realschule und –Gymnasium und Grundschule am Kinderbach) um einen zusätzlichen Zug für die weiterführenden Schulen auf 7 Züge, eine Mensa sowie Ganztagsräume, Differenzierungsräume, eine Lehrküche mit Speiseraum, Verwaltungsräume und weiterer Räume geprüft.

- 1.6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass weitere Schulen, die nicht unter Ziff. 1.1 bis 1.5 genannt sind, insbesondere für die Bereiche Ganztags, Inklusion und Verwaltung Raumbedarfe haben

und Verbesserungen an diesen Standorten wegen der mit dieser Vorlage vorgenommenen Prioritätensetzung zunächst nur durch Optimierungen im Bestand möglich sind.

2. Für die Machbarkeitsstudien werden über die Unterrichtsräume hinaus für den Offenen Ganzttag pro Grundschulzug 2 Betreuungsräume sowie eine ausreichend große Küche und Speiseraum, für die inklusive Beschulung die mit Ratsbeschluss vom 10.12.2014 festgelegten Räume (vgl. Vorlage V/0743/2014/2. Erg. Rahmenkonzept für Inklusion an Schulen) sowie ausreichende Flächen für den Verwaltungsbereich zu Grunde gelegt. Ziel ist es, die vorgenannten Schulgebäude zukunftssicher auszurichten.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Ergebnisse der Machbarkeitsstudien unter Abwägung der wirtschaftlichen Aspekte, der zeitlichen Prioritäten sowie pädagogischen Notwendigkeiten auszuwerten und die daraus resultierenden konkretisierten Handlungsbedarfe dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die zusätzlichen Bedarfe für den Schulsport sind ergänzend zu ermitteln und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Machbarkeitsstudien und Umsetzung der Erweiterungen die Personalressourcen im Amt für Immobilienmanagement befristet um 4,00 Vollzeitäquivalente (VZÄ) zu erhöhen sind. Weiterhin benötigt das Amt für Schule und Weiterbildung 3,50 VZÄ befristet für die Schulraumplanung und Schulentwicklungsplanung inkl. Prognosen/ Statistiken. Die Verwaltung wird beides zum Nachtragshaushalt 2016 aufgreifen.

Der Rat nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass mit steigenden Schülerzahlen Mehrbedarfe in den Schulsekretariaten, bei den Schulhausmeistern und im hauswirtschaftlichen Bereich (Mittagsverpflegung) entstehen. Das wird die Verwaltung zu gegebener Zeit in den Stellenplanentwürfen vorschlagen.

5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag der SPD-Fraktion „Eine dritte Gesamtschule für Münster“, A-R/0012/2016 vom 09.03.2016 derzeit nicht aufgegriffen wird. Wegen der zwei im Aufbau befindlichen städtischen Gesamtschulen und der ebenfalls starken Veränderungen unterliegenden Schulentwicklung benachbarter Schulträger hat eine dritte städtische Gesamtschule aktuell keine Aussicht auf eine schulaufsichtliche Genehmigung.
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Elternwille entsprechend der Vorlage V/0588/2014 „Rahmenkonzept Schulentwicklungsplanung“ aufgegriffen wird. Die Verwaltung wird Anfang 2017 eine Beschlussvorlage für eine Elternumfrage zu Themen der Schulentwicklungsplanung vorbereiten. Die Ergebnisse dieser Umfrage sollen anschließend – verknüpft mit der fortlaufend aktualisierten Schülerprognose, der demnächst veröffentlichten Kleinräumigen Bevölkerungsprognose 2025 sowie der Entwicklung in den Umlandgemeinden - in die Fortschreibung des Rahmenkonzeptes der Schulentwicklungsplanung einfließen.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Für die Erstellung der Machbarkeitsstudien ist mit Kosten in Höhe von rd. 400.000 € zu rechnen.

Zur Finanzierung der Machbarkeitsstudien stehen im Haushaltsplan 2016 Ausgabeermächtigungen wie folgt zur Verfügung:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Investitionsmaßnahme	4590	Erw. Grundschulen			
Zeile	08	Baumaßnahmen	2016	350.000	Ansatz 250.000 € Ermächtigungsübertragung 100.000 €
Investitionsmaßnahme	4680	Erw. Schulzentrum Kinderhaus			
Zeile	08	Baumaßnahmen	2016	50.000	
Summe aller Auszahlungen/Saldo				<b>400.000</b>	

Die bei der Investitionsmaßnahme 4590 Erw. Grundschulen veranschlagten Mittel werden auch für die Machbarkeitsstudien für die weiterführenden Schulen eingesetzt.

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen stehen im Haushaltsplan 2016 bei der Produktgruppe 03 01 „Leistungen für Schulen“ zur Verfügung. Soweit die Investitionskosten den Ansatz der Investitionsmaßnahme 4590 „Erweiterung Grundschulen“ übersteigen, werden sie aus dem investiven Budget der Produktgruppe im Rahmen der flexiblen Haushaltsführung nach § 9 Abs. 1 Ziffer 1.4 der Haushaltssatzung 2016 gedeckt.

Über die Bereitstellung von Haushaltsermächtigungen zur Finanzierung von Schulbaumaßnahmen wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen für das Jahr 2017 ff. zu entscheiden sein.

### **Punkt 2.3 der Tagesordnung V/0371/2016**

### **Kinderrechte für unbegleitete und begleitete minderjährige und junge Flüchtlinge in Münster umsetzen**

Herr Materla berichtete zur Vorlage und beantwortete im Anschluss daran die Fragen der Mitglieder.

Der Integrationsrat beschloss daraufhin einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

#### **I. Sachentscheidung:**

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt den vorliegenden Bericht mit der Dokumentation des Hearings „Kinderrechte für unbegleitete und begleitete minderjährige und junge Flüchtlinge umsetzen“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in den jeweiligen Handlungsfeldern formulierten Ansätze bzw. Maßnahmen kontinuierlich weiter zu entwickeln. Die jeweiligen Fachämter werden den

politischen Gremien über wesentliche (Weiter-)Entwicklungen in den jeweiligen Handlungsfeldern gesondert Bericht erstatten und soweit erforderlich Beschlüsse herbeiführen.

3. Folgender Ratsantrag ist mit dieser Beschlussvorlage aufgegriffen: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der SPD-Fraktion, Hearing „Kinderrechte für unbegleitete und begleitete minderjährige und junge Flüchtlinge umsetzen“.

**Punkt 2.4 der Tagesordnung  
V/0369/2016**

**Standortbeschluss für eine Flüchtlingseinrichtung  
an der Dülmener Straße 9, Albachten**

Der Integrationsrat beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Am Standort Dülmener Straße 9, Stadtbezirk West, Stadtteil Albachten, wird eine temporäre Flüchtlingseinrichtung für bis zu ca. 55 Personen eingerichtet.
2. Das Gebäude wird durch einen Investor angekauft und zur Nutzung als Flüchtlingseinrichtung hergerichtet. Es wird von der Stadt Münster angemietet und mit den notwendigen Mobiliar sowie den erforderlichen beweglichen Einrichtungsgegenständen ausgestattet. Für die Anmietung der Einrichtung wird eine gesonderte Vorlage erstellt.
3. Die persönliche Betreuung dieser Flüchtlingseinrichtung wird gemäß des Ratsbeschlusses zur Vorlage V/0909/2015/1 vorrangig an einen geeigneten freien Träger vergeben. Dabei wird der übliche Betreuungsschlüssel von jeweils ½ Vollzeitäquivalent (VZÄ) für Sozialarbeit und Hausdienst für die ca. 50 Plätze zugrunde gelegt. Sofern eine Betreuung durch freie Träger nicht zweckmäßig oder realisierbar ist, sind ab Inbetriebnahme der Flüchtlingseinrichtung dem Betreuungsschlüssel entsprechend zusätzliche städtische Mitarbeiter/-innen im Bereich von Sozialarbeit und Hausdienst zeitnah einzusetzen.
4. Mit Inbetriebnahme des Standortes werden freizeitpädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche entsprechend der dazu in städtischen Flüchtlingseinrichtungen etablierten Angebote durch Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit eingerichtet.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die veranschlagten Auszahlungen und Aufwendungen für Mobiliar und Einrichtungsgegenstände der Gebäude entsprechen dem üblichen Standard der städtischen Flüchtlingseinrichtungen.

Die laufenden Personalaufwendungen sind zunächst für einen Betrieb in städtischer Regie auf der Basis der durchschnittlichen städtischen Personalkosten für die jeweils vorgesehene Eingruppierung ermittelt. Die Mittel sollen vorrangig für Betreuungsleistungen freier Träger eingesetzt werden, wenn entsprechendes Interesse besteht und einrichtungsbezogenen Vereinbarungen - orientiert am kalkulierten städtischen Aufwand - getroffen werden können.

Für die freizeitpädagogischen Angebote für Kinder und Jugendliche ist je Einrichtung mit Aufwendungen in Höhe von 11.000 € jährlich zu rechnen. Bei einer unterjährigen Betriebsaufnahme wird der Betrag entsprechend reduziert.

Für die Umsetzung der Maßnahmen entstehen folgende überplanmäßige Haushaltsbelastungen:

<b>Teilergebnisplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2016	/	Zuschüsse an freie Träger; Integrationshilfen
			2017 ff.	54.530	
Produktgruppe	0603	Jugendsozialarbeit			
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2016	/	Freizeitpäd. Angebote
			2017 ff.	11.000	
<b>Insgesamt:</b>			<b>2017</b>	<b>65.530</b>	

<b>Teilfinanzplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Investitions- maßnahme	0020	Einrichtung Asylbewerber/ Flüchtlinge			
Auszahlungen		für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2016	57.130	Mobiliar/ Einrichtung
<b>Insgesamt:</b>			<b>2016</b>	<b>57.130</b>	

Es wird angestrebt, die im laufenden Jahr entstehenden zusätzlichen Aufwendungen und investiven Auszahlungen im Gesamthaushalt aufzufangen. Der Rat stimmt den hierzu erforderlich werdenden Umschichtungen über das Instrument der über- bzw. außerplanmäßigen Mittelbereitstellung nach § 83 GO NRW zu. Die endgültige Deckung ist durch eine Nachtragsatzung herbeizuführen.

### **Punkt 3 der Tagesordnung**

### **Berichte**

#### **Punkt 3.1 der Tagesordnung**

#### **Bericht des Polizeipräsidenten über den Polizeibericht 2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor dem Tagesordnungspunkt 1 behandelt.

<b>Punkt 3.2 der Tagesordnung V/0103/2016</b>	<b>Übergang Schule - Beruf, KAOA und Übergangsbericht</b>
---	---

Der Integrationsrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

<b>Punkt 3.3 der Tagesordnung V/0349/2016</b>	<b>Bürgerumfrage 2016: Zentrale Ergebnisse zu den Fragenkomplexen "Ziele der Stadtentwicklung/ Einflussfaktoren bis 2030", "Bewertung der Lebensbedingungen" und "Einkaufsstandort Innenstadt/ Auswirkungen des Online-Handels"</b>
---	---

Herr Dr. Yavuz informierte die Mitglieder des Integrationsrates darüber, dass Herr Prof. Dr. Hauff an der Sitzung nicht teilnehmen können. Er habe sich jedoch bereit erklärt, bei Bedarf zu der nächsten Sitzung zu kommen.

Der Integrationsrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

Herr Dr. Tsakalidis regte an, die Menschen mit Migrationsvorgeschichte zukünftig in die Bürgerumfrage aufzunehmen.

<b>Punkt 3.4 der Tagesordnung V/0341/2016</b>	<b>Ratsantrag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP A-R/0047/2015: LGBTTI* - Menschen in den Flüchtlingsheimen unterstützen</b>
---	--

Der Integrationsrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

Herr Dr. Tsakalidis wies daraufhin, dass in der Vorlage mehrmals der Begriff „Flüchtlingshintergrund“ verwendet worden sei und beantragte, diesen durch das Wort „Flüchtling“ zu ersetzen.

Herr Köhnke wies daraufhin, dass ein förmlicher abändernder Beschluss in dieser Sache nicht möglich sei, da es sich um eine Berichtsvorlage handele. Er sicherte jedoch zu, einen entsprechenden Hinweis in das Protokoll aufzunehmen, damit zukünftig der Begriff „Flüchtling“ verwendet werde.

<b>Punkt 3.5 der Tagesordnung V/0361/2016</b>	<b>Gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherungsschutz in Münster</b>
---	---

Die Mitglieder des Integrationsrates nahmen den Bericht zur Kenntnis.

<b>Punkt 4 der Tagesordnung</b>	<b>Entscheidungen</b>
---------------------------------	-----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortbeiträge.

**Punkt 5 der Tagesordnung****Berichte aus den Ausschüssen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortbeiträge.

**Punkt 6 der Tagesordnung****Anregungen, Anträge und Anfragen**

Herr Dr. Yavuz kritisierte die Dauer des Verwaltungsverfahrens bei der Auszahlung der Zuschüsse des Integrationsrates.

Herr Köhnke wies diesbezüglich auf die vielfältigen Aufgaben der Geschäftsstelle und des zur Verfügung stehenden Stundenkontingents hin.

Herr Dr. Yavuz sprach sich dafür aus, zukünftig den Bereich der Zuschüsse bevorzugt zu bearbeiten.

Herr Saber bat darum, eine/n Mitarbeiter/-in der Einbürgerungsstelle zur nächsten Integrationsratssitzung zur Beantwortung allgemeiner Fragen einzuladen.

**Punkt 6.1 der Tagesordnung  
A-I/0001/2016****Stärkung der Arbeit des Integrationsrats der Stadt  
Münster**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor dem Tagesordnungspunkt 1 behandelt.

Herr Dr. Yavuz erläuterte seinen Antrag.

Herr Kattentidt wies darauf hin, dass der Haushalt 2016 bereits beschlossen sei, so dass dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden könne. Er regte an, den Antrag in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2017 zu schieben und erst dann dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Eine sofortige Mittelserhöhung, wie beantragt, sei unterjährig nicht möglich.

Herr Kollmann unterstützte den Inhalt des Antrages, wies gleichzeitig jedoch auch noch einmal darauf hin, dass dieser in der aktuellen Form nicht beschlossen werden könne. Um die Arbeit des Integrationsrates bereits im laufenden Jahr zu stärken, stellte Herr Kollmann den folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob im laufenden Haushaltsjahr 2016 durch Umschichtungen im Sozialetat noch zusätzliche Gelder für die Stärkung der Arbeit des Integrationsrates bereit gestellt werden können.“

Herr Dr. Tsakalidis wies auf die aktuellen Umstände hin; eine sofortige Erhöhung der Mittel des Integrationsrates sei jedenfalls erforderlich. Er sprach sich für eine Abstimmung über den Antrag von Herrn Dr. Yavuz aus.

Herr Reuter begrüßte den Antrag von Herrn Kollmann und plädierte bezüglich des Antrages von Herrn Dr. Yavuz ebenfalls dafür, diesen im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2017 zu behandeln. Dabei erscheine eine Teilnahme von Vertretern/-innen des Integrationsrates an den entsprechenden Fraktionssitzungen zur Beratung sinnvoll.

Herr Halberstadt und Herr Buddenbäumer schlossen sich der Auffassung von Herrn Reuter an.

Herr Eroglu und Herr Alhamwi sprachen sich für eine Abstimmung über den Antrag in der vorliegenden Fassung aus.

Herr Köhnke fasste daraufhin die gestellten Anträge zusammen. Zunächst erkundigte er sich bei Herrn Dr. Yavuz als Antragsteller, ob der Antrag inhaltlich verändert und das „sofort“ gestrichen werden solle.

Herr Dr. Yavuz verneinte dies; der Antrag solle unverändert bleiben.

Im Rahmen der anschließenden Abstimmung beschloss der Integrationsrat mehrheitlich, die folgende Anregung an den Rat zu richten:

„Der Rat möge beschließen:

1. Der Haushaltsansatz für die Arbeit des Integrationsrates der Stadt Münster wird ab sofort um **40.000 €** erhöht. Eine verbesserte Ausstattung des Budgets für die Arbeit des Integrationsrates ist für die Stadt Münster von besonderer Bedeutung und ab sofort abzusichern.
2. Zur Umsetzung der zusätzlichen Aufgaben richtet die Verwaltung ½ Stelle ein.“

Darüber hinaus beschloss der Integrationsrat mehrheitlich, folgenden Antrag an die Verwaltung zu richten:

„Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob im laufenden Haushaltsjahr 2016 durch Umschichtungen im Sozialetat noch zusätzliche Gelder für die Stärkung der Arbeit des Integrationsrates bereit gestellt werden können.“

## **Punkt 7 der Tagesordnung**

## **Verschiedenes**

Herr Dr. Yavuz teilte mit, dass für Juli bzw. August eine Ausstellung eines syrischen Künstlers im Büro des Integrationsrates geplant sei.

Herr Dr. Yavuz berichtete über die schlechte Qualität der Essensversorgung in der York Kaserne.

Ebenfalls teilte Herr Dr. Tsakalidis mit, dass er über die unzureichende Qualität der Essensversorgung in der York Kaserne informiert worden sei. So hätten einige Bewohner der Einrichtung nach dem Verzehr des Essens über Magenschmerzen geklagt. Es bestehe vermutlich ein Zusammenhang.

Herr Buddenbäumer bat die Verwaltung um einen entsprechenden Hinweis an den Betreiber der York-Kaserne.

Herr Köhnke wies daraufhin, dass es sich bei der York-Kaserne um eine Landeseinrichtung handele. Zudem sei der Vorwurf bislang in keiner Weise bewiesen und der Personenkreis, der die Vorwürfe erhoben habe, derzeit nicht bekannt.

Nachdem Herr Buddenbäumer seine Bitte noch einmal bekräftigt hatte und der Integrationsrat diese Bitte mehrheitlich unterstützte, sicherte Herr Köhnke eine entsprechende Anfrage an den

Betreiber der Einrichtung in der York-Kaserne, dem ASB, zu.

gez.  
Dr. Ömer Lütfü Yavuz  
Vorsitz

gez.  
Sandra Rischer  
Schriftführung